

Deutschland: Zusammenschluss der Rentenversicherungsträger

Die 26 deutschen Rentenversicherungsträger sind ab sofort unter einem Dach. Sie schlossen sich in Berlin zur *Deutschen Rentenversicherung Bund* zusammen. Die neue Organisation regelt die Ansprüche von 20 Millionen Rentnern. Durch die Organisationsreform sollen jährlich etwa 350 Millionen Euro eingespart werden. Zum Präsidenten wurde der bisherige Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Herbert Rische gewählt. (dw)

Schweizer stimmen für Öffnung des Arbeitsmarktes für EU-Bürger

Die Schweiz will ihren Arbeitsmarkt auch für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern öffnen. In einem Referendum sprachen sich nach amtlichen Angaben knapp 56% der stimmberechtigten Bürger für das so genannte Freizügigkeitsabkommen zwischen der EU und der Schweiz ab. Mit der Regelung erhalten Menschen aus den zehn Ländern, die der Europäischen Union im Mai vergangenen Jahres beigetreten sind,

ebenso Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt wie bisher schon die Bürger der alten EU-Ländern. Die Öffnung erfolgt allerdings schrittweise. Bis 2011 kann die Schweiz über Einschränkungen den Zuzug steuern.

EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso begrüßte das Ergebnis der Abstimmung. Bei einer Ablehnung hätte die EU bereits bestehende bilaterale Abkommen mit der Schweiz aufkündigen können. (dw / stl)

CDU/CSU mit knappem Vorsprung zur grössten Fraktion gewählt

Die CDU/CSU wird im 16. Deutschen Bundestag aller Voraussicht nach die stärkste Fraktion bilden. Dies geht aus dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Bundestagswahl hervor.

Bei einer Wahlbeteiligung von 77,7% (2002: 79,1%) haben die SPD 34,3% (2002: 38,5%), die CDU 27,8% (2002: 29,5%), die CSU 7,4% (2002: 9%), Bündnis 90/Die Grünen 8,1% (2002: 8,6%), die FDP 9,8% (2002: 7,4%) und die Linkspartei.PDS 8,7% (2002: 4%) aller Zweitstimmen erhalten.

Auf die übrigen Parteien entfielen 3,8% (2002: 3%). Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen lag bei 1,6% gegen-

über 1,2% vor drei Jahren. Dieses vorläufige Wahlergebnis enthält nur die Ergebnisse von 298 der 299 Wahlkreise.

Nach dem im Wahlkreis 160 (Dresden I) die Wahlkreisbewerberin der NPD am 7. September verstorben war, findet dort am 2. Oktober eine Nachwahl statt. Aus diesem Grund sind nur 298 Wahlkreisbewerber als vorläufig gewählt in das Ergebnis einbezogen worden.

Der 16. Deutsche Bundestag wird aus insgesamt 613 Abgeordneten bestehen, das sind zehn mehr als in der vergangenen Wahlperiode. Diese Zahl setzt sich aus den 598 regulären Mandaten sowie 15 Überhangmandaten zusammen.

Überhangmandate gibt es, wenn die Zahl der gewonnenen Direktmandate einer Partei in einem Bundesland die Zahl der Mandate nach dem Zweitstimmenergebnis übersteigt. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis erhalten CDU und CSU zusammen 225 Sitze gegenüber 248 in der vergangenen Wahlperiode.

Die CDU errang 179 Mandate (2002: 190), davon 105 direkt (2002: 82), die CSU 46 Mandate (2002: 58), davon 44 direkt (2002: 43).

Auf die SPD-Fraktion entfallen 222 Sitze gegenüber 251 vor drei Jahren. Sie konnte 145 Wahlkreise direkt gewinnen (2002: 171).

Línea de electrodomésticos BOSCH
Innovación en diseño, tecnología y seguridad.



0-800-2 6 7 2 4

Tienda Jockey Plaza 2° nivel

www.boschelectrodomesticos.com



BOSCH

Innovación para tu vida

Die FDP wird 61 Abgeordnete stellen (220: 47), hat allerdings wie 2002 keinen Wahlkreis direkt gewinnen können.

Die Linkspartei.PDS entsendet 54 Abgeordnete in das Parlament gegenüber zwei in der vergangenen Wahlperiode. Sie gewann drei Ostberliner Wahlkreise direkt (2002 waren es zwei gewesen).

Bündnis 90/Die Grünen erhalten 51 Sitze gegenüber 55 vor drei Jahren und konnten mit Christian Ströbele einen Berliner Wahlkreis wie schon vor drei Jahren direkt erringen.

Neun der 15 Überhangmandate kommen der SPD zugute, davon vier in Sachsen-Anhalt, drei in Brandenburg und je eines in Hamburg und im Saarland.

Sechs Überhangmandate gehen an die CDU/CSU, davon je drei in Sachsen und in Baden-Württemberg.

Aufgeschlüsselt nach Bundesländern erreichten die Parteien nach jetzigem Stand folgende Mandatszahlen:

Die SPD hat 9 Abgeordnete aus Schleswig-Holstein, jeweils 4 aus Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland, jeweils 6 aus Hamburg und Thüringen, 27 aus Niedersachsen, 2 aus Bremen, je 10 aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt, jeweils 8 aus Berlin und Sachsen, 54 aus Nordrhein-Westfalen, 16 aus Hessen, 11 aus Rheinland-Pfalz, 24 aus Bayern und 23 aus Baden-Württemberg.

In der CDU/CSU kommen 8 Abgeordnete aus Schleswig-Holstein, jeweils 4 aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Brandenburg, 21 aus Niedersachsen,

1 aus Bremen, jeweils 5 aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin, 47 aus Nordrhein-Westfalen, 13 aus Sachsen, 15 aus Hessen, 12 aus Rheinland-Pfalz, 46 aus Bayern, 33 aus Baden-Württemberg und 2 aus dem Saarland.

Die FDP zählt 2 Abgeordnete aus Schleswig-Holstein, jeweils 1 aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Brandenburg, Thüringen und dem Saarland, 6 aus Niedersachsen, jeweils 2 aus Sachsen-Anhalt und Berlin, 14 aus Nordrhein-Westfalen, 3 aus Sachsen, 5 aus Hessen, 4 aus Rheinland-Pfalz und jeweils 9 aus Bayern und Baden-Württemberg.

Die Linkspartei.PDS stellt 3 Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern, jeweils 1 aus Schleswig-Holstein und Hamburg, 3 aus Niedersachsen, jeweils 5 aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt, 4 aus Berlin, 7 aus Nordrhein-Westfalen, 8 aus Sachsen, 2 aus Hessen, 5 aus Thüringen, jeweils 2 aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie jeweils 3 aus Bayern und Baden-Württemberg.

Für Bündnis 90/Die Grünen ziehen jeweils 2 Abgeordnete aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen, jeweils 1 aus Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen, jeweils 5 aus Niedersachsen und Hessen, 3 aus Berlin, 10 aus Nordrhein-Westfalen, 7 aus Bayern und 8 aus Baden-Württemberg in den Bundestag ein.

Pressedienst Deutscher Bundestag

Deutsch zweitwichtigste Fremdsprache in der EU

Im Zuge der Ost-Erweiterung der EU im Jahr 2004 hat Deutsch das Französische als zweithäufigste Fremdsprache in der Europäischen Union abgelöst. Wie die EU-Kommission in Brüssel mitteilte, gab bei einer repräsentativen Umfrage jeder dritte EU-Bürger an, sich in Englisch als Fremdsprache verständigen zu können. 12% der Befragten erklärten, Deutsch als Fremdsprache zu sprechen. Französisch kam auf 11%.

In den zumeist mittel- und osteuropäischen Ländern die im vergangenen Jahr der EU beigetreten seien, sei Deutsch verbreiteter als Französisch, so die EU-Kommission. (dw)

Deutsches Programm von DW-Radio wird reformiert

Die Deutsche Welle reformiert zum 30. Oktober ihr deutschsprachiges Radioprogramm. Zweistündige, durchmoderierte Sendeblocke, Nachrichten zur vollen und zur halben Stunde, feste Sendepunkte für Wirtschaft, Kultur und Sport und eine Ausweitung der Informationen «aus der Region für die Region», das sind die Kernelemente der Reform. Damit – so DW-Intendant Erik Bettermann bei der Vorstellung des neuen Programms in Bonn – reagiere die Deutsche Welle auf veränderte Hörgewohnheiten und erleichtere Partnersendern die Übernahme von Programmteilen. (dw)



Peru:
1800
Vogelarten
Especies de aves
Species of birds

Beobachtung von Vögeln
Birdwatching



☎ 479-1977

e-mail: travel@peru-spiegel.de
www.peru-spiegel.de